



Nicht immer ist jedes Medikament griffbereit: Hunderte Arzneien waren zuletzt nur eingeschränkt oder gar nicht verfügbar.

Foto: iStock

EU plant Arznei-Reform gegen Versorgungskrise

Reform soll Europas Arznei-Versorgung absichern, Pharmabranche warnt vor Bumerang. Verbraucherverband fordert Schritte gegen teure Medizin.

Brüssel – Kein Fiebersaft für das Kind, Engpässe bei Antibiotika, Schmerzmitteln und Krebsmedizin: Nach dem Willen der EU-Kommission soll das der Vergangenheit angehören. Die Behörde schlug nun eine Reform der 20 Jahre alten Pharma-Gesetzgebung für Europa vor. Es sollen ein Binnenmarkt für Arzneimittel geschaffen, die Rahmenbedingungen zur Herstellung verbessert und die 136 Mrd. Euro schwere EU-Pharmaindustrie gestärkt werden. Was ist geplant?

1 Engpässe, Lieferketten. Die Corona-Pandemie hat die Abhängigkeit Europas bei der Versorgung mit Medikamenten und Ausrüstung verdeutlicht. Nun will die EU-Kommission eine Liste besonders wichtiger Präparate anlegen und Schwachstellen

in den Lieferketten beseitigen. Unternehmen sollen Versorgungslücken und den Rückruf von Medikamenten früher melden und Vorsorgepläne erstellen müssen.

2 Verfügbarkeit. In westlichen und größeren EU-Ländern hätten die Patienten Zugang zu 90 Prozent neuer Arzneimittel, sagte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. In den östlichen und kleineren Staaten seien es nur 10 Prozent. Brüssel will nun das System für den Schutz neuer Präparate vor Nachahmerprodukten wie Generika überarbeiten. Der Standardschutz für die Original-Arznei soll von zehn auf acht Jahre sinken. Bringt ein Unternehmen sein neues Medikament in allen EU-Staaten auf den Markt, könnten zwei

Jahre Schutz dazukommen. Dadurch könnten laut EU-Kommission bis zu 67 Millionen mehr Menschen von neuer Medizin profitieren.

3 Antibiotikaresistenz. Nach EU-Schätzungen sterben jedes Jahr mehr als 35.000 Menschen in Europa aufgrund von Antibiotikaresistenzen. Die Kommission will die Entwicklung bahnbrechender Antibiotika attraktiver machen. Unternehmen, die ein solches Präparat herstellen, könnten künftig ein Jahr zusätzlichen Schutz für das Medikament erhalten.

4 Schnellere Zulassung. Die Europäische Arzneimittelagentur EMA soll im Regelfall innerhalb von 180 statt 210 Tagen ihre Einschätzung abgeben, die Zulassung der EU-Kommission soll innerhalb

von 46 statt 67 Tagen erfolgen. **5 Kritik.** Der europäische Verbraucherverband BEUC fordert weitere Schritte gegen Versorgungslücken und hohe Preise. Pharmakonzerne hätten „wie verrickt Lobbyarbeit“ betrieben, um ihre Gewinne zu schützen. Der Europäische Pharmaverband (EFPIA) warnte dagegen, die Vorschläge gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Österreichs Pharmaverband Pharmig kritisierte, der Entwurf würde die Pharmabranche in ein Korsett aus Restriktionen und Verschärfungen zwingen. Dadurch seien „negative Effekte auf den Standort Europa und ebenso auf die Versorgung mit Arzneimitteln zu befürchten“. (TT, dpa)

Österreich mit 15,4 Mrd. Euro mehr Schulden

Die Regierung meldet für heuer Defizit von 3,2%, Kritik an Finanzminister Brunner. Die EU weicht Schuldenregeln auf.

Wien – Österreichs Bundesregierung wird für 2023 ein geplantes Defizit von 3,2 Prozent an die EU-Kommission melden. Damit wird der Staat heuer 15,4 Mrd. Euro neue Schulden aufnehmen. NEOS-Budget- und -Finanzsprecherin Karin Doppelbauer kritisierte angesichts dieser Zahlen Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): „Der Finanzminister spielt ein doppeltes Spiel mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.“ Zwar versichere er unentwegt die Rückkehr auf einen nachhaltigen Budgetpfad. Die Zahlen zeigten aber ein gänzlich anderes Bild, so Doppelbauer. SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer warf Brunner eine „grundlegend falsche, weil unsoziale und leistungsfeindliche Budgetpolitik“ vor. Eine gute Budgetpolitik verlange, dass man auf der Ausgabenseite die „sinnlose Verschwendung von Steuergeld“, also Milliardenförderungen an Unternehmen, beendet und auf der Einnahmenseite für Steuergerechtigkeit sorgt.

Österreichs Schuldenquote wird heuer bei 77 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) liegen. Damit erfüllt Österreich weder die Defizitregelung (max. 3%) noch die Schuldenvorgabe (max 60%) der EU. Erst für 2024 rechnet das Finanzministerium mit einem Defizit von 1,6 Prozent, das bis 2026 auf 1,3 Prozent sinken soll. Die Schuldenquote soll bis 2026 auf 71,4 Prozent zurückgehen.

Die EU-Kommission will künftig den Schuldenabbau auch flexibler gestalten und stärker auf individuelle Umstände der EU-Staaten eingehen, wie die Brüsseler Behörde gestern mitteilte. Die Maastricht-Obergrenzen von maximal drei Prozent Defizit und 60 Prozent Gesamtverschuldung bleiben zwar unverändert, wie die Brüsseler Behörde gestern mitteilte.

EU-Staaten sollen demnach nationale Pläne vorlegen, in denen sie ihre Ziele, Maßnahmen zur Schuldenreduktion sowie Reformen und Investitionen für vier Jahre erarbeiten. Diese Pläne sollen dann von der EU-Behörde bewertet und von den Mitgliedsländern auf Basis gemeinsamer EU-Kriterien gebilligt werden. Abweichungen von den Zielen, etwa im Fall eines schwerwiegenden Wirtschaftsabschwungs oder bei außergewöhnlichen Umständen, sollen ermöglicht werden. Die EU-Kommission will auch Schutzklauseln einführen. Demnach muss die Schuldenquote am Ende der Laufzeit des Plans niedriger sein als zu Beginn des Zeitraums. Auch soll die Überwachung der Umsetzung vereinfacht werden. Verstöße sollen leichter geahndet werden können.

Damit die neuen Regeln gelten, müssen sich die EU-Staaten und das EU-Parlament aber erst darauf verständigen. Deutschland hat bereits Widerstand angekündigt. (APA)

Ältere kommen leichter zu Kredit



Das Alter alleine ist beim Kredit kein Ausschlussgrund mehr. Foto: iStock

Wien – Älteren Menschen wird der Zugang zu Krediten ab 1. Mai erleichtert. Banken müssen künftig nicht mehr in erster Linie auf die Lebenserwartung abstellen, sondern darauf, ob genug Sicherheiten vorhanden sind. 34% würden den Kredit für die Sanierung oder einen Umbau verwenden, ergab eine Umfrage im Auftrag des Kreditvermittlers Infina. Als Kredithöhe kommen für 40% der Befragten bis 75.000 Euro in Frage, für 39% bis 150.000 Euro.

Höhere Kredite bis 300.000 Euro oder bis 500.000 Euro kommen nur für 14 bzw. 4 Prozent in Frage. Derzeit ist das Interesse von Älteren, einen Kredit aufzunehmen, um eine Immobilie zu kaufen, nicht so groß (16%). Unter den Umfrageteilnehmern besitzt mehr als die Hälfte bereits ein Haus oder eine Wohnung. Eher als eine Immobilie würden Ältere mit einem Kredit ein Auto finanzieren oder Umbauarbeiten zur Schaffung von Barrierefreiheit.

Ältere könnten künftig auch Jüngeren besser helfen, ihren Wohnungswunsch zu realisieren, erklärte Pablo Viveros von Infina: „Best Ager haben oft bessere Bonitäten und Sicherheiten als Jüngere.“ Sie könnten als Bürgen eintreten.

80% der 1000 Befragten meinen, dass Senioren bei der Kreditvergabe bisher wegen ihres Alters diskriminiert wurden. Der Pensionistenverband fordert nun auch bei Versicherungen ein Gesetz gegen Altersdiskriminierung. (APA)

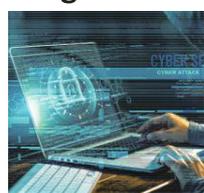


Österreich hat bisher 356 Mrd. Euro Schulden angehäuft. Foto: iStock

Kurzmeldungen

Cyberkriminalität legt stark zu

Wien – Cyberattacken stellen eine immer größere Bedrohung für Firmen dar und sind mit jährlichen Wachstumsraten von 30 Prozent rasant angestiegen, warnt Unternehmensberater Alfred Harl. Der Cyberbedrohung nur mit Technik zu begegnen, sei zu wenig. Nötig seien etwa eine Sensibilisierung der Mitarbeiter, Berechtigungskontrollen oder Notfallpläne. (TT)



Internet-Kriminalität steigt jährlich um 30 Prozent. Foto: iStock

Ausblick für die Industrie besser

Wien – Die Industriekonjunktur hat sich zuletzt eingetrübt, Österreichs Industriebetriebe reduzierten ihre Produktion im April spürbar. Der Ausblick stimmt aber zuversichtlich. Laut der Industriellenvereinigung (IV) ist im zweiten Halbjahr mit einer Aufschwung zu rechnen. (TT)

Gewessler sieht Mercosur kritisch

Wien – Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) sieht einen Mercosur-Handelspakt mit Südamerika weiter kritisch. Ein Abkommen zulasten der kleinbäuerlichen Familienbetriebe, zulasten des Klimaschutzes werde man nicht unterstützen. Die Industrie dagegen pocht auf den Mercosur-Pakt. (APA)

Klagsflut gegen Credit-Suisse-Deal

Zürich – Hunderte Investoren haben beim Schweizer Bundesverwaltungsgericht die Schweizer Finanzmarktaufsicht im Zusammenhang mit der Notübernahme der Credit Suisse geklagt. Im Zuge der Notrettung wurden ATI-Anleihen der Bank im Wert von umgerechnet 16,35 Mrd. Euro für wertlos erklärt. (APA)

18,6% mehr für Flughafenpersonal

Brüssel – Die Gewerkschaften vinda und GPA haben sich gestern mit den Arbeitgebern auf einen Kollektivvertragsabschluss für Arbeiter und Angestellte auf österreichischen Flughäfen geeinigt. Insgesamt machen die Erhöhungen im Vergleich zum letzten Jahr 18,6 Prozent aus. Der KV-Abschluss gilt für 12 Monate. (TT)